

Das Engagement Älterer
als Gewinn
für die Kommunen

Alter als Chance

Roswitha Verhülsdonk

Das Motto des 8. Deutschen Seniorentages, „Alter als Chance“, und das Angebot, sich in Foren und Workshops darüber zu informieren und zu diskutieren, lockten im Mai 2006 weit über 15 000 ältere Menschen nach Köln. Sie wollten sich vergewissern, welche Möglichkeiten und Angebote es gibt, ihr Alter sinnvoll zu gestalten, und sie wollten mit anderen darüber reden, welche Erfahrungen sie selbst in ihrem vielfältigen Engagement machen.

Immerhin ist von den 60- bis 75-Jährigen jeder Dritte in irgendeiner Weise für das Gemeinwohl tätig. Der letzte Freiwilligensurvey berichtet in dieser Gruppe von einem Zuwachs von sechs Prozent in den Jahren von 1999 bis 2004. In den Diskussionen des Seniorentages wurde deutlich, wie vielfältig und kompetent das Engagement der älteren Bürgerinnen und Bürger ist, aber auch, auf welche Hemmnisse und Zurückweisungen die Bereitschaft der Älteren zu Engagement immer wieder stößt. Das ist ebenso erfahrbar in politischen Parteien wie in Vereinen, Verbänden und Organisationen – und auch die eigene Kommune, mit der man sich verbunden fühlt, lässt es oft an Information, Beratung und Unterstützung fehlen, wenn ältere Bürger gemeinsam in Anliegen der eigenen Generation oder generationsübergreifend aktiv sein wollen.

Für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und ihre hundert Mitgliedsverbände war das keine neue Erfahrung. Aber sie hat unseren Vorstand, die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter und unsere Gremien herausgefordert, einen neuen Anlauf zu machen, um aktives Alter vor Ort zu erleichtern und zu fördern. Das neue Gemeinschaftsprogramme der Bundesregierung, „Alter schafft Neues“ und das dazugehörige Förderprogramm „Aktiv im Alter“ sind für uns der richtige Ansatzpunkt, um gemeinsam mit allen wichtigen gesellschaftlichen Akteuren vor Ort eine „soziale Bewegung“ für eine aktive Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft anzustoßen. Unsere Mitgliedsverbände waren im letzten Jahr hoch motiviert, bei der Erstellung des Memorandums „Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen“ mitzuwirken, dessen Leitlinien nun in das Programm „Aktiv im Alter“ aufgenommen wurden. Sie werden sich auch an der Umsetzung in den Städten und Gemeinden aktiv beteiligen. Von fast dreißig bundesweit organisierten Mitgliedsorganisationen der BAGSO liegen uns Unterstützungserklärungen vor.

Beim 8. Deutschen Seniorentag hatten Bundespräsident Köhler und Frau Bundesministerin von der Leyen mit ihren Grundsatzreden große und nachhaltige Resonanz gefunden, als sie nach einer realistischen Darstellung der vielfältigen Folgeprobleme des demografischen Wandels übereinstimmend feststellten, dass diese Probleme viel leichter lösbar sind, wenn die Älteren selbst als aktive und verantwortliche Bürgerinnen und Bürger ihr Wissen und Können in die Gesellschaft einbringen und so zum Wohle

aller beitragen. So könnte Ängsten vor der alternden Gesellschaft begegnet werden. Bundespräsident Köhler hat seitdem viele Gelegenheiten genutzt, um für die Engagementbereitschaft der Älteren zu werben. In seiner Neujahrsansprache 2008 ebenso wie in seiner Rede am 3. Oktober in Hamburg zum Tag der Deutschen Einheit nannte er die Kreativität und Erfahrung der Älteren eine wichtige Ressource für die Zukunft unseres Landes, die noch nicht ausgeschöpft sei.

Die BAGSO plant bereits den 9. Deutschen Seniorentag für 2009 in Leipzig. Er wird unter dem Leitwort stehen: „Alter leben – Verantwortung übernehmen.“ Bis dahin müssen wir auch Wege weisen, wo und wie solches Engagement organisiert und wirkungsvoll eingebracht werden kann. Wir sind dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sehr dankbar dafür, dass es uns geholfen hat, für die Erstellung des Memorandums alle wichtigen gesellschaftlichen Akteure an einen Tisch zu holen: die Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände, die Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen und die Akteure im bürgerschaftlichen Engagement. Sie haben durch ihre Unterschrift unter das Memorandum bekräftigt, dass sie als unterstützende Partner der Älteren und ihrer Organisationen vor Ort mitwirken wollen.

Am 2. April 2008 haben wir den abgestimmten Text vor der Presse an Frau Bundesministerin von der Leyen übergeben und damit den Startschuss für inzwischen vielfältige Initiativen gesetzt. Dem Beispiel von Bundesministerin von der Leyen als Erstunterzeichnerin sind inzwischen tausend Einzelpersonen und Kommunen gefolgt, die damit ihre Unterstützung der Initiative bekunden. Wir wollen keiner Kommune und keinem Partner vorschreiben, was nun geschehen soll. Aber wir vertrauen darauf, dass sich eine Vielzahl von Kommunen bereits aktiv auf den demografischen Wandel und auf die

sich schnell ändernde Bevölkerungsstruktur einstellt. In den kommenden Jahren brauchen wir neue Wege im Zusammenspiel der Kommunen, Träger, Verbände und nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger. Und auch immer mehr Menschen – darunter auch viele Ältere – sind bereit, an der Lösung bestehender und künftiger Probleme in ihren Städten und Gemeinden mitzuwirken.

Aktiv im Wohnviertel

Wir alle sollten dieses Engagement nutzen. Dafür müssen wir den Menschen tatsächliche Entscheidungsspielräume einräumen. Das ist auch ein demokratisches Gebot! Die BAGSO und ihre gesellschaftlichen Partner haben für die Erstellung des Memorandums in sechs Expertenworkshops ausgearbeitet, welche Handlungsfelder sich für das bürgerschaftliche Engagement Älterer anbieten. Dabei konnten wir erfolgreiche Projekte vorstellen, die Ältere in ihren Kommunen ins Leben gerufen haben – oder die sie mit weiteren Trägern entwickelt haben: Ältere Menschen gestalten in ihren Wohnquartieren Nachbarschaftstreffs. Sie entwickeln mit Regisseuren Theaterstücke und machen Zeitgeschichte erfahrbar. Sie schaffen Bildungsangebote und geben Wissen weiter. Sie sichern die Aufrechterhaltung von Dienstleistungen, und sie vertreten ihre Interessen im politischen Raum. Ihre positiven und negativen Erfahrungen dienen uns auch bei der Formulierung von Handlungsperspektiven in den Themenbereichen Infrastruktur für ein aktives Alter, politische Partizipation, Wohnen und Wohnumfeld, Nachbarschaftshilfen und Dienstleistungen, Bildung und Kultur sowie Sport, Gesundheit, Prävention. Sie beschreiben, in welchen kommunalen Aufgabefeldern mehr Bürgerengagement möglich und sinnvoll ist, und sie geben Anregungen für Seniorengruppen, Verbände, Kirchengemeinden, wie bürgerschaftliches

Engagement gestaltet werden kann.

Es geht nicht darum, die Entscheidungsfreiheit der gewählten Räte einzuschränken oder den Sachverstand der Verwaltungen infrage zu stellen. Es geht auch nicht darum, spätem Ehrgeiz von Einzelnen eine neue Spielwiese zu eröffnen. Aber es geht auch darum, den Sachverstand der Älteren und ihre Erfahrung zu nutzen, um ihre Wohngemeinde altersgerecht weiterzuentwickeln. Gerade in Zeiten knapper Kassen sollten den Bürgerinnen und Bürgern durch sachgerechte Information und Mitberatung die Möglichkeiten und Grenzen des kommunalen Handelns bewusst werden und so Mitverantwortung erreicht werden.

Wir sind sehr dankbar dafür, dass die Bundesregierung in diesem und im nächsten Jahr einen Teilnahmewettbewerb für Kommunen ausschreibt, die kreative Umsetzungsstrategien für das aktive Alter auf der Grundlage des Memorandums erproben. Zum 1. Oktober haben die ersten fünfzig Kommunen einen Projektzuschuss von 10 000 Euro erhalten. Über 330 hatten sich beworben. Zum Sommer 2009 werden weitere hundert Kommunen für ihr Partizipationsmodell gefördert werden. Es geht vor allem um vielfältige Varianten von lokalen Bürgerforen und weiteren Vorhaben, mit denen die Bürgerbeteiligung gestärkt wird. Die BAGSO und unsere Mitgliedsverbände werden diese Erfahrungen sorgsam beobachten und dafür sorgen, dass gelungene und beispielhafte Projekte, die auch andernorts sinnvoll sein können, bekannt gemacht werden.

Zweiundzwanzig Jahre lang war ich Mitglied des Stadtrats. Wir Kommunalpolitiker, Bürgermeister und Räte haben uns immer gern gerühmt, dass wir eine bürgernahe Politik machen und den engagierten Bürger als Partner brauchen. Das Kommunalrecht sieht ja auch allgemeine und spezielle Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger vor. Wenn

beispielsweise in meiner Stadt der Oberbürgermeister jährlich zu einer rollenden Bürgerversammlung einlädt und die Ratsmitglieder in den Bussen stolz vorzeigen, was die Stadt an neuen kommunalen Leistungen zu bieten hat, dann sind es gerade die älteren Mitbürgerinnen und -bürger, die diese Gelegenheit gern nutzen, um mal in die anderen Stadtteile hineinzuschnuppern und Neues kennenzulernen. Sie wollen informiert und beteiligt sein. Oft habe ich aber auch erlebt, dass die gesetzlich vorgeschriebenen baurechtlichen Bürgerbeteiligungen an Bauplanungen so fachlich und in Amtssprache gestaltet werden, dass allenfalls persönlich betroffene ältere Bürger teilnehmen. Dabei ist das Interesse an Planungsvorhaben im eigenen Wohnviertel auch bei den Älteren sehr hoch. Woran es in ihrem Wohnumfeld hapert, welche Barrieren für alte Menschen sogar das Verbleiben in der eigenen Wohnung infrage stellen, das erfahren Rat und Verwaltung oft nur, wenn die Parteien in Wahlkampfzeiten Bürgerversammlungen unmittelbar vor Ort durchführen. Uns schwebt nun aber vor, dass zum Beispiel an Orten, wo sich Ältere treffen, mehr und verständlichere Bürgerinformation angeboten wird und dass auch alte und neue Medien dafür genutzt werden.

Synergieeffekte durch Partizipation

Als Politikerin in Bund und Kommune weiß ich, dass gerade im Gespräch mit älteren Bürgerinnen und Bürgern viele konkrete Vorschläge kommen, die oft mit geringen Mitteln Verbesserungen der Wohn- und Lebensqualität bewirken. Barrierefreiheit nützt nicht nur alten Menschen, sondern auch Eltern mit Kindern wie auch Behinderten aller Altersgruppen.

Die frühzeitige Einbeziehung älterer Menschen in Planungsprozesse führt zu Synergieeffekten auch in anderen Berei-

chen: Ein solches Ernstnehmen der Bürgeranliegen löst auch die verständnisvolle Mitsorge in anderen kommunalen Entscheidungsprozessen aus. Das haben uns viele Projektgruppen Älterer bewusst gemacht! Beispielsweise werden überall im Land neue Einrichtungen des Wohnens im Alter errichtet, die zur Erhaltung der Selbstständigkeit älterer Menschen wichtig sind. Kommune und Bauträger machen sich viel Kopfzerbrechen – und meist finden die Angebote auch neuer Wohnmodelle schnell ihre Bewohner. In Gesprächen mit den Mietern erfährt man aber oft, welche kleinen oder großen Mängel und Lästigkeiten nach Bezug festgestellt werden, die man leicht hätte vermeiden können, wenn rechtzeitig sachverständige ältere Menschen, die es zum Beispiel in Seniorenorganisationen und Seniorenvertretungen gibt, oder die späteren potenziellen Nutzer vor Baubeginn befragt worden wären. Schon über Standort und Verkehrswege hätte man in vielen Fällen besser vorher mit kompetenten Vertretern der älteren Generation reden sollen.

Sozialplanung in vielerlei Bedürfnisbereichen wird eine wachsende und immer teurer werdende kommunale Herausforderung, vor allem angesichts der schnell steigenden Zahl Hochaltriger. Wenn ältere Bürger frühzeitig an entscheidender Stelle beteiligt werden, wenn sie ihre Lebens- und Berufserfahrung einbringen können, dann werden sie auch notwendige Sparmaßnahmen mittragen, für eine positive Meinungspflege sorgen und, was ich bei Heimeinrichtungen in meinem früheren Wahlkreis erlebt habe, sich selbst in Netzwerke einbringen, die sich ehrenamtlich an der Betreuung der Bewohner beteiligen. Aus „dem Heim“ wird dann im Sprachgebrauch „unser Heim“.

Die Politik proklamiert die Beteiligungsgesellschaft, der Deutsche Bundestag publiziert seinen Enquetebericht

„Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) macht die wachsende Fülle von positiven Beispielen für Bürgerengagement in allen Lebensbereichen bekannt. Uns geht es jetzt darum, dass auch Initiativen Älterer anerkannt, gefördert und unterstützt werden. Ältere Menschen wollen nicht nur ernst genommen werden, sie sind auch zur Solidarität mit den Jüngeren bereit.

Zusammenhalt von Alt und Jung

Am 27. März hatte Bundespräsident Köhler sieben Vertreter der BAGSO und sieben Vertreter des Bundesjugendrings nach Berlin eingeladen, um auszuloten, wie der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft durch Kooperation von Alt und Jung gestärkt werden kann. Das nimmt den Jungen Ängste vor der alternden Gesellschaft, das vermittelt ihnen ein realistisches Altersbild, und das gibt den Älteren die Chance, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten zum Nutzen aller in die Gesellschaft einzubringen. Das sich noch steigernde Ungleichgewicht der Generationen gefährdet nicht nur die Finanzierung der Rentenversicherung nach dem sogenannten Umlageverfahren, auch Generationenvertrag genannt. Die Solidarität der Generationen insgesamt steht auf dem Prüfstand. Zwar ist der Zusammenhalt der Großeltern- und Enkelgenerationen in der Familie erfreulich gut, aber Jungpolitiker, Journalisten und auch einzelne Professoren erschrecken die Älteren immer mal, wenn sie behaupten, die Alten beuten die Jungen aus. Mehrgenerationenhäuser, die jetzt in jedem Kreis als Modelleinrichtung vom Bund gefördert werden, sollen alle Generationen nicht nur unter ihrem Dach gelegentlich zusammenführen, sondern zu gemeinsamen Aktivitäten motivieren.

Die BAGSO hat mit Alt-Jung-Projekten langjährige Erfahrung. Bei den Senioren-

tagen in Dresden (1997) und in Nürnberg (2000) haben wir die Preisträger unseres Wettbewerbs „Solidarität der Generationen“ aus einer großen Zahl an Bewerbungen ausgezeichnet. Die Projekte wurden anschließend wissenschaftlich begleitet. Das erstaunliche Ergebnis: Obwohl bei den Älteren und bei den Jungen (zum Beispiel bei Schülern) die beteiligten Personen öfter wechselten, blieben die Projekte bestehen. So bietet ein Gymnasium in Baden-Württemberg weiterhin Englischkurse der Schüler für die Großeltern an, ebenso Computer-Kurse, die wegen ihrer verständnisvollen, geduldigen Methode besonders von den Großmüttern geschätzt werden. Patenschaftsmodelle für schwer vermittelbare Hauptschüler in Lehrstellen, darunter viele Immigranten, werden von den Betrieben geschätzt, weil sich die Paten langfristig um die jungen Leute kümmern und zum Erfolg der Ausbildung beitragen.

Auch Umweltschutzinitiativen der Großelterngeneration gemeinsam mit Kindergartenkindern wurden ausgezeichnet. So haben ältere Berliner auf einem Brachgelände in der Nähe eines Kindergartens mit den Kleinen einen Lehrgarten angelegt und die Stadtkinder erleben lassen, wie Pflanzen und Blumen wachsen. Umweltprojekte, an denen sich sehr häufig drei Generationen beteiligen, gibt es inzwischen in großer Zahl. Ging zunächst die Initiative von den Gemeinden aus, so sind in den letzten Jahren immer öfter Grundschulen und sogar Kindergärten die Initiatoren. Es geht dabei nicht nur um gemeinsame Landschaftspflege, sondern um Naturschutz für Tiere und Pflanzen und vor allem Energiesparmodelle. Da sind Kinder sehr leicht zu motivieren, und Opa und Oma lassen sich von ihnen viel eher bewegen mitzumachen als durch öffentliche Appelle. Organisierte Schulaufgabenhilfe für lern-

schwache Schüler oder Migrantenkinder gibt es fast in jeder Stadt. Überwiegend sind es ältere Frauen, die diese Aufgabe langfristig und kostenlos übernehmen. Legion sind mittlerweile in ganz Deutschland örtliche Initiativen, die Leihomas und Leihopas vermitteln. Oft gehen sie von privaten Gruppen zum Beispiel junger Eltern, vor allem berufstätigen Müttern, aus. Da die angeworbenen Frauen und Männer freiwillig mitmachen, gelingen sie fast immer zum großen Nutzen aller Beteiligten. Viele ältere Menschen leiden darunter, dass sie keine Enkel haben oder diese wegen großer räumlicher Entfernung selten sehen. Einen Bereich will ich abschließend kurz ansprechen: den Sport. Dass die heutigen Älteren gesundheitsbewusster als frühere Generationen sind, ist bekannt. Altersport wird von den Vereinen vor Ort immer differenzierter und qualifizierter angeboten. So sichern die Vereine ihre Existenz bei rückläufigen Geburtenzahlen. Die Angebote erstrecken sich inzwischen auf viele Sportarten. Ältere Männer und zunehmend auch Frauen treiben regelmäßig Sport, wandern, tanzen in Gruppen, organisieren sich selbst und bilden sich zu Übungsleitern aus. Wahr ist aber auch, dass die älteren Mitglieder immer öfter Verantwortung in der Jugendarbeit der Vereine übernehmen, vor allem in den Nachmittagsstunden, wenn die Elterngeneration noch bei der Arbeit ist. Auch dabei erweist sich, dass das Miteinander konfliktfrei gelingt.

Das Engagement der Älteren hat so viele Facetten, der gesellschaftliche Nutzen ist unbestreitbar. Was wir jetzt brauchen, sind Bewusstseinsbildung, Sichtbarmachen von guten Beispielen, Ermutigung. Dazu wollen alle Partner, die sich im Programm „Aktiv im Alter“ engagieren und die das Memorandum miterarbeitet und unterzeichnet haben, beitragen.